Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 80 Pf. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: **Carl Hoffmann** in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis **10** Uhr vormittags.

Druck und Verlag der **Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.**

Nr. 13. **Bielefeld, Donnerstag, 16. Januar 1896.** **7 Jahrgang.**

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 15. Januar, 2 Uhr.

Das Haus tritt in die Beratung des Antrags Hitze (Z.) betreffend den Schutz von Gesundheit 2c. der Arbeiter sowie Erhebungen wegen des Schutzes der jugendlichen und weiblichen Arbeiter der Hausindustrie.

Abg. Dr. Hitze (Z.): Der Schutz der Gesundheit und die Hebung der Sittlichkeit gehören zu den vornehmsten Aufgaben der gewerblichen Gesetzgebung. Die Gewerbeordnung erkennt das auch im Prinzip an, überläßt aber die Ausübung der Schutzbestimmungen den Ortspolizeibehörden. Die Polizeibehörden haben bisher aber sehr wenig gethan und um eine Besserung herbeizuführen, haben wir den heutigen Antrag gestellt. Die Berufsgenossenschaften haben schon Unfallverhütungsvorschriften erlassen, der Bundesrat könnte diese Vorschriften verallgemeinern, denn sie passen keineswegs immer nur für Gewerke. Ein weiterer Punkt, wo der Hebel anzusetzen ist, bleibt die Verhütung von Krankheiten. Es ist ja bekannt, daß es sogenannte Berufskrankheiten giebt. Die Berichte der Fabrikinspektoren enthalten ja viel darüber. Einzelne Fabrikinspektoren haben die Krankenkassenvorstände schon dieserhalb um Berichte ersucht. Die Krankenkassenärzte sollten da aufklärend wirken und Vorschriften erlassen. Freilich können sie nicht alles thun, denn sie sind zu schwach, auch übt der Unternehmer einen zu großen Einfluß auf sie aus. Aber die Invaliditätsversicherungsanstalten können hier unterstützend eingreifen. Das Ziel aber muß eine einheitliche Regelung der Materie durch die Regierung sein. Die Arbeitgeber müssen angehalten werden, die Aufenthaltsräume der Haus-Arbeiter nach den Vorschriften der Hygieine auszustatten. In Frankreich hat man den Schutz der jugendlichen und weiblichen Arbeiter gesetzlich schon viel weiter ausgedehnt, als bei uns. Bei uns bedarf die Regelung gerade dieser Materie besonderer Aufmerksamkeit. Man wird daraufhin auch die Verhältnisse in der Hausindustrie prüfen müssen. Für ein gesetzliches Vorgehen auf dem Gebiete der Hausindustrie fehlt es freilich noch an genügender Unterlage, deshalb fordern wir unserm Antrage auch nur Erhebungen über die Zustände der Hausindustrie. Wir hoffen, alle Parteien werden dem Antrage zustimmen können. Wir wollen nicht drängen, aber das Ziel fest im Auge behalten. (Beifall.)

Unterstaatssekretär Lohmann (auf der Tribüne nur sehr schwer verständlich) weist daraufhin, daß seit Erlaß des Arbeiterschutzgesetzes schon eine ganze Anzahl Verordnungen zum Schutze der Gesundheit und Hebung der Sittlichkeit der Arbeiter erlassen worden sind. Außerdem seien noch eine ganze Reihe solcher Verordnungen in Vorbereitung. Die verbündeten Regierungen seien auf diesem Gebiete unausgesetzt thätig, und könnten nur ihr volles Einverständnis mit der Tendenz des Antrages zum Ausdruck bringen.

Abg. Hoeffel (Rp.): Von den Arbeitgebern werde jetzt schon viel gethan für Hebung der Gesundheit der Arbeiter, allerdings müsse zugegeben werden, daß auch manches noch zu thun übrig bleibe, namentlich in bezug auf die Frauen und Kinder. Gerade in den Fabriken, wo mit Quecksilber, Phosphor, Blei gearbeitet wird, würden sehr viel Frauen beschäftigt. Die Mortalität der Arbeiter sei größer, als die anderer Bevölkerungsklassen, das liege aber nicht so sehr an den schlechten Wohnungs- oder Arbeitsräumen, sondern an der Beschäftigung selbst.

Abg. Molkenbuhr (Sozd.): Die beiden Vorredner stehen dem Antrage recht freundlich gegenüber, und wenn man die Versprechungen der Regierung hört, so könnte mancher glauben, daß, wenn alles, was jetzt in Aussicht gestellt wird, erst einmal verordnet ist, die bestehenden Mißbräuche verschwinden werden. Diesen Glauben teile ich nicht. Nur um einen recht minimalen Fortschritt handelt es sich hier. Daß Arbeitsräume den sanitären Anforderungen entsprechen sollen, drückt die Gewerbeordnung bereits ganz allgemein aus, und man möchte meinen, daß nach der Bestimmung des § 120a der Gewerbeordnung ganz besondere Vorschriften überflüssig wären. Es wird ganz kategorisch verlangt, daß der Arbeitgeber dafür zu sorgen hat, daß die Arbeitsräume in einem der Gesundheit der Arbeiter nicht schädlichem Zustande erhalten werden. Trotzdem wird die Bestimmung fast gar nicht befolgt, und besondere Vorschriften müssen erlassen werden, die aber auch nur den allerbescheidensten Anforderungen genügen. Einige Beispiele für die thatsächlichen Zustände: Nach einer von den Hamburger Bäckergesellen aufgenommenen Statistik haben von 157 Werkstellen, über die Angaben einliefen, nicht weniger wie 73 nicht einmal eine Höhe von 2 Metern, mehr als 30 haben nur eine solche bis zu 2.50 m usw. Dazu herrscht eine Temperatur von 35—40 Grad Celsius in diesen Werkstätten. Die Werkstuben werden häufig so geheizt, daß man das heiße Wasser eines Dampfkessels in die Arbeitsräume hineinläßt; auf anderen Stellen hat man im Schornstein einen Verschluß, sodaß die ganze heiße Luft in die Werkstatt hineingeleitet wird; anderswo wieder wird heißes Wasser auf die Steine gegossen, um so feuchte Hitze hervorzurufen. In einzelnen Werkstätten sind alle diese Dinge sogar vereinigt. Da ist es nicht wunderbar, wenn berichtet wird, daß in 37 dieser Stuben die Leute blos mit dem Hemde bekleidet bei der Arbeit stehen, in 83 Betrieben haben sie um die Hüften einen kurzen Rock und in einzelnen Betrieben wird ganz nackt gearbeitet. Weil die Bäckermeister glauben, daß sie durch die Hitze ein etwas größeres Brot zustande bringen, ohne mehr Mehl zu verwenden, müssen die Arbeiter ihre Gesundheit aufs Spiel setzen. Ganz ähnliche Zustände herrschen in den Wäschereien und Plättereien, und der Bundesrat und die Polizei haben sich noch nicht bemüssigt gefühlt, einzugreifen, und dabei handelt es sich grade hier um weibliche Arbeiter, die eine gradezu unendliche Arbeitszeit haben. Die Plättereien fallen in den meisten Fällen nicht unter den Begriff „Fabrik" und der § 137 der Gewerbeordnung findet auf sie keine Anwendung. Aehnliche Zustände trifft man in den Hutfabriken und in den Schneiderwerkstätten, in den Darrräumen der Cichorienfabriken und in den Tabakfabriken, obwohl hier ganz besondere bundesrätliche Bestimmungen eingreifen. Aber diese Bestimmungen betreffen vorwiegend ja nur Zigarrenfabriken inbezug auf besondere Schutzbestimmungen für Darrräume. Für die Rauchtabakfabriken bestehen keine Vorschriften, obwohl da der Dunst, der infolge des Trocknens des Tabaks entsteht, ganz besonders vorhanden ist. Dabei werden die Bestimmungen des Bundesrats noch durch die Rechtsprechung durchbrochen. So hat in diesem Sommer das Berliner Kammergericht erkannt, daß eine Zigarettenfabrik nicht als Zigarrenfabrik im Sinne der bundesrätlichen Bestimmungen anzusehen sei, weil eine Zigarette keine Zigarre sei. Was den Schutz der Arbeiter anlangt, soweit ihre Gesundheit durch überlange Arbeitszeit gefährdet wird, so ist ein Vorgehen bei den Bäckereien für die nächste Zeit in Aussicht gestellt. Die Kommission für Arbeiterstatistik hat festgestellt, daß auch bei den Müllern, den Handelsangestellten, den Gastwirtsgehilfen unmenschlich lange Arbeitszeit vorhanden ist. Es giebt noch viel mehr Gebiete, worauf § 120 angewandt werden könnte, und noch viel ist zu thun. Nun werden die §§ 135—139 für die Fabriken angewandt. Im § 135 ist gesagt: In Fabriken dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden. Im § 137 ist gleichfalls der Ausdruck „Fabrik" angewandt, ohne daß die Gewerbeordnung den Begriff „Fabrik" feststellt. Darin liegt ein erheblicher Mangel der Gewerbeordnung, weil auch hier die Rechtsprechung geneigt ist, den Begriff Fabrik sehr einzuschränken. Während das Reichsgericht früher große Unternehmungen in der Konfektionsbranche, die wesentlich für den Verkauf arbeiten und über 100 Arbeiterinnen beschäftigen, für Fabriken erklärt hat, hat es in einem neulichen Urteil den gegenteiligen Standpunkt eingenommen und die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung als darauf nicht anwendbar erklärt (hört! hört! links). Dadurch, daß der Fabrikbegriff ein flüssiger ist, wird den Unternehmern von vornherein leicht Gelegenheit gegeben, sich bei seite zu drücken. Außerdem bleibt ihnen der Ausweg offen, zu dem sogenannten Schwitzsystem überzugehen. Wie das Schwitzsystem auf die Arbeiter wirkt, weiß man. Solange nicht die Schutzbestimmungen auch auf die Hausarbeit ausgedehnt werden, liegt in ihnen geradezu der Anreiz zum Schwitzsystem. Nun kommt es noch vor, daß in solchen Erwerbszweigen, wo wenig Maschinen angewandt werden und in den Betrieben, wo die Waren leicht transportabel sind, sehr viel Hausarbeit ausgegeben wird. Das sind nicht nur zurückgebliebene Industrien, nein, auch in der Zigarrenindustrie, in der Schuhwarenbranche, in der Näh-, Mantel- und Konfektionsbranche ist Hausarbeit in reichem Maße vorhanden, und sehr oft sind es die Produkte der Hausarbeit, die

---

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

43 (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Die Nacht verging Felix Volkhofski zum Teil in unruhigen, angstvollen Träumen, zum andern Teil in Gedanken, die ebensowenig Beruhigendes und Tröstendes an sich hatten, so daß er froh war, als der Morgen ihn aus dem betäubenden Brodem der Kamera wieder hinausführte in die frische, freie Luft, die wenigstens athembar war, wenn er ihren Genuß auch mit Anstrengung und Leiden aufwiegen mußte. Der Pole hatte ebenfalls die Nacht zum großen Teil wachend verbracht, der alte Brodjag dagegen, der sich neben die Gefangenen lang auf den Fußboden niedergelegt, schnarchte wie ein Bär. Was kümmerte ihn die Temperatur.

Nachdem die „Toilette" der Gefangenen beendet war, erteilte der den Zug führende Hauptmann gegen 8 Uhr den Befehl zum Aufbruch. Die Verbannten mußten im Hofe des Gebäudes antreten, indeß die Soldaten im Halbkreise mit geschulterten Gewehren vor ihnen standen, ein Unteroffizier verlas sämtliche Namen, um die Anwesenheit aller bei dem Transport befindlichen Personen festzustellen, darauf wurden die Fesseln besichtigt und nötigenfalls ergänzt, die Kranken und Schwachen auf den Telegas untergebracht und hierauf erscholl das Kommando: „Rechts um! Vorwärts marsch!" worauf sich die ganze Kolonne in Bewegung setzte. So ging es einen wie alle Morgen, nur daß beim Abmarsch aus den eigentlichen Stationen noch die Tagesgelder — je 40 Pfennige für 2 Tage — verteilt und die Kranken und Schwachen des Zuges von einem Arzte flüchtig untersucht wurden, falls ein solcher gerade vorhanden war.

Denn viele der Gefangenen hegten den leicht entschuldbaren Wunsch, sich von dem Marsche zu drücken und sich statt dessen in den Telegas befördern zu lassen, eine Vergünstigung, die außer hohen Adligen, welchen die Erlaubnis ein für allemal erteilt war, natürlich nur wenigen der Verbannten gewährt werden konnte.

Es galt also, die Schafe von den Böcken, d. h. die Simulanten von den wirklich Schwachen zu sondern, und darin besaßen die Gefängnisärzte allerdings eine hervorragende Uebung, wenn auch nicht die unbedingte Bürgschaft gegeben war, daß alle Simulanten erkannt oder daß nicht manchmal wirklich Bedürftige verkannt und zurückgewiesen wurden.

Zu letzteren gehörte „Iwan Weißnichtmehr," der Brodjag*). Seine Hustenanfälle wurden immer heftiger und häufiger, dazu befiel ihn von Zeit zu Zeit eine Art hektisches Fieber, das oft seine Wangen rosenrot färbte und seinen Augen einen seltsamen Glanz verlieh. Zugleich mit diesen Erscheinungen trat die einer zunehmenden Mattigkeit ein, der alte Mann vermochte seine kettenbelasteten Füße nur noch mit Mühe zu heben und kaum mehr mit den übrigen des Trupps Schritt zu halten.

Felix Volkhofski, der inzwischen Gelegenheit gefunden hatte, Sophia wiederholt zu sprechen und mit ihr seine Gedanken über das rührend-freudige Lebenszeichen ihres Vaters auszutauschen, empfand inniges Mitleid mit dem guten Alten und riet ihm, sich beim Aufbruch aus der nächsten Station für die Telegas zu melden.

Der Greis wollte jedoch davon nichts wissen.

„Ihr meint es gut," erwiderte er „aber Ihr kennt den Aufenthalt auf den holprigen Dingern nicht. Man wird da geschüttelt und gestoßen, bis man keinen Knochen mehr im Leibe hat, der nicht weh thut. Und der Staub — Ihr könnt Euch da gar keinen Begriff davon machen. Die ganze dicke Staubwolke, die wir hier vorn aufwirbeln, wird von den Leuten in den Telegas aufgeschluckt. Ich sage Euch, wer da was auf der „Lampe" hat (er meinte auf der Lunge), der kann nur gleich den Popen kommen lassen."

„Ihr mögt Recht haben," sagte Felix „schließlich werdet Ihr Euch aber doch entschließen müssen, Ihr könnt mit dem besten Willen kaum noch vorwärts."

Der alte Mann seufzte.

„'s ist der Lauf der Welt," meinte er stoisch. „Alter und Entbehrungen führen mit aller Macht das Ende herbei. Auch gut, so werde ich keinen blutigen Rücken in den Minen mehr bekommen."

„Ich denke, das Knuten ist jetzt dort verboten?" fragte Felix überrascht.

„Auf dem Papier mag's ja wohl verboten sein, jedoch in der Praxis — in der Praxis, Herr, peitscht man alle Verbannten, nicht blos die in den Minen. So ein Ispravnik oder Aufseher fragt viel nach dem geschriebenen Gesetz — versucht es doch, euch über ihn zu beschweren."

Bisher blieb die Witterung den Verbannten hold, wenige Tage indessen, nachdem man die Etappe in Tjumen passiert hatte, zog ein gewaltiges Unwetter über die Gegend, von wolkenbruchartigem Regen begleitet, die vorher drückende schwüle Luft kühlte sich ab und an die Stelle des bisherigen trockenen trat dauernd feuchtes, nasses Wetter. Fast jeder Tag brachte mehrere Regenstürze, so daß der Boden sich schließlich in förmlichen Schlamm, das Land in einen Sumpf verwandelte.

Die Gefangenen, die anfänglich die kühle Temperatur mit Freude begrüßten, stöhnten jetzt, die Schlammklumpen setzten sich an ihre plumpen Fußbekleidungen und vermehrten die Last des von ihnen zu tragenden Gewichts, dabei froren die meisten und der allgemeine Unwille machte sich in Rufen und Verwünschungen Luft. Viele hatten sich infolge des jähen Temperaturwechsels erkältet, das Husten und Räuspern am Tage und während der Nacht wollte kein Ende nehmen. Dadurch wurde auch den Gesunden der Schlaf fast zur Unmöglichkeit, ein Umstand, der ihre Leistungsfähigkeit nicht gerade beförderte.

Die Telegas waren überfüllt und auch unser Brodjag mußte sich endlich entschließen, dem Rate Volkhofski's zu folgen.

„Ich kann nicht mehr," stöhnte er mittags, als er steif und unbeweglich neben Felix auf dem nassen Boden lag, „auch die Nacht bringt mir jetzt keine Erholung mehr. Die eine Hälfte derselben läßt mich mein eigener Husten und die zweite Hälfte der der anderen nicht ruhen. Dadurch komme ich immer mehr von Kräften. Morgen Früh melde ich mich."

Mit dem Melden war die Sache jedoch noch nicht gethan. Er mußte auch die ärztliche Bewilligung erhalten. Der Arzt aber wies den alten Mann unwillig zurück, denn er kannte ihn aus früheren Jahren als Simulanten ersten Ranges und war entschlossen, sich nicht mehr von ihm täuschen zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

*) „Iwan Weißnichtmehr", mit diesem Namen werden alle Vagabunden, deren Namen unbekannt ist oder die denselben ihrer Vorstrafen wegen nicht angeben, bezeichnet.

in den glänzenden Läden der Großstadt ausgestellt sind. Die Hausindustrie ist aber ihrem ganzen Wesen nach schon deshalb zu verurteilen, weil alle Schutzbestimmungen hier keine Anwendung finden und weil unter Umständen selbst die Ausbeutung der Arbeiter eine viel schlimmere als in der Fabrik ist. Gerade die Antragsteller wollten die Schutzbestimmungen nicht auf die Hausarbeit ausdehnen, weil sie, wie sie sagten, vor der Schwelle der Familie Halt machen wollten. Aber die Familie wird durch die Hausarbeit am meisten zerstört. Nun sind uns ja Erhebungen über die Hausindustrie längst in Aussicht gestellt, von ihren Resultaten haben wir aber noch nichts gehört. Sollten aber selbst die Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie angewandt werden, so gewährt schließlich § 164 der Gewerbeordnung dem Unternehmertum eine Freistatt, weil er sagt: „Werkstätten, in welchen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, fallen unter diese Bestimmungen nicht." Gerade in dieser Art Hausarbeit kommen die allermeisten Mißstände vor. Arbeitszeiten von 18 Stunden kommen in der Thüringischen Hausindustrie vor; die Kinder müssen im zartesten Alter ihre Fingerchen mitrühren, die Frau muß mitschaffen, und der Erfolg ist elender Lohn: 3 Mark Wochenverdienst in einzelnen Fällen. Hier muß der Gesetzgeber eingreifen, der sich den armen Hausarbeitern, die zwischen Totarbeiten und Verhungern schwanken, gegenüber bisher völlig teilnahmslos verhalten hat. Die Kindersterblichkeit ist in den Gegenden der Hausindustrie eine unverhältnismäßig große. Epidemien finden in ihnen den besten Nährboden, so daß die öffentliche Gesundheitspflege ein Interesse daran hätte, einzugreifen. Die Zustände, die Hauptmann in der „Webern" schildert, gehören nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart an. Was ist bisher dagegen geschehen? Wenn in Schlesien einmal der Hungertyphus allzu große Ausdehnung nimmt, wird ein Regierungskommissar hingeschickt und der Bettelsack geschwungen. Oder das Militär füttert die Verzweifelnden mit blauen Bohnen, und bei der Verteilung der milden Gaben fragt man noch, „ist der und jener etwa Sozialdemokrat?" Da sollte endlich einmal etwas Gründliches geschehen, die Schutzbestimmungen soweit als möglich auf die Hausindustrie ausgedehnt und der § 154 gestrichen werden, das verlangen selbst Handelskammern. Erst wenn der Hausindustrie das Grab gegraben ist, können die Hausarbeiter darauf rechnen, wenigstens in halbwegs gesunden und kontrollierbaren Arbeitsräumen untergebracht zu werden, deshalb verlangen die Arbeiter die Beseitigung der Hausindustrie. Aber es scheint, als wenn heute daran noch nicht gedacht wird, daß man diese Freistätte dem Unternehmertum für alle Zukunft erhalten will, als solle jene Not wie sie gräßlicher nicht gedacht werden kann, verewigt werden. (Bravo b. d. Soziald.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichspartei) begründet den von ihm eingebrachten Abänderungsantrag, der die Anerkennung aussprechen wolle, daß die Regierung auch bisher im Sinne des Antrages Hitze thätig gewesen ist, deshalb fordere er auch nur, daß die Vorschriften der Gewerbeordnung „immer wirksamer" durchgeführt würden. Bezüglich der Vorschriften zur Vermeidung von Unfällen durch die Berufsgenossenschaften habe sich herausgestellt, daß durch Reglements allein nichts gethan sei; es komme vielmehr auf thatkräftige Aufsicht im Einzelnen an. Was die „Vorkehrungen gegen die Unsittlichkeit" anlange, so müsse er, Redner, vor Schablonisierung warnen. Falsch sei weiter auch die Auffassung, daß der Maximalarbeitstag unter allen Umständen im Interesse der Gesundheit der Arbeiter liege. So sei es ihm sehr zweifelhaft, ob die Einführung des Maximalarbeitstages, wie er jetzt für das Bäckergewerbe vorgeschlagen werde, die Gesundheit und Sittlichkeit des Arbeiters fördern werde. Daß den in der Hausindustrie beschäftigten Arbeitern der Arbeiterschutz nicht vorenthalten werde, finde auch seine Billigung. Sei aber das Ziel des Antrages, die Hausindustrie zu vernichten, so gehe er nicht mit. Er werde wegen seiner Stellung zum Arbeiterschutz von den Zeitungen häufig höchst ungerechtfertigt angegriffen. Ueberhaupt sei er das Stichblatt für eine bestimmte Sorte Presse, die durch die „Frankfurter Zeitung", das „Volk" und den „Vorwärts" repräsentiert werde. Da werde von ihm erzählt, er sei Radfahrer geworden, er wolle den Kaiser „scharfmachen", er habe Blätter angekauft. Es sei eine wahre Sucht eingerissen, Anekdoten auf seine Kosten zu erfinden. Er gebe sich nicht die Mühe, die Sache zu berichtigen, unangenehm sei es ihm, daß auch die anständige Presse von solchen Dingen Notiz nehme. Er wolle deshalb ein für alle Mal erklären, wenn einer der Herren dort etwas gegen ihn Geschriebenes finde, so könne er von vornherein überzeugt sein, daß es unwahr sei. Stehe es aber gar in allen drei Blättern, so könne man überzeugt sein, daß es ganz sinnlos sei. (Beifall rechts.)

Abg. Clemm (nationall.) tritt im wesentlichen dem Antrage bei.

Abg. Schall (Kons.) Wir halten den Antrag nicht für dringend notwendig, denn wir haben volles Vertrauen zur Regierung. Wir wollen aber für den Antrag stimmen, damit uns eine ablehnende Haltung nicht als Gegnerschaft der ganzen Sozialreform ausgelegt werde. Ich will der Versuchung widerstehen, auf die Einzelheiten einzugehen, wir meinen aber, es wird jetzt bald zu viel gethan im Reglementieren, manches hier Vorgebrachte grenzt geradezu an Beschränkung der persönlichen Freiheit. Die Sozialdemokraten widersprechen damit auch ihren Prinzipien, wenn sie es zulassen wollen, daß die Polizei in jede Häuslichkeit hineinriechen darf. Mit Gesetzen allein wird man der Uebelstände nicht Meister werden können, wir müssen auch an das Wohlwollen der Arbeitgeber appellieren und dazu ist die Reichstagstribüne gerade der rechte Ort. (Bravo rechts.)

Abg. Schmidt-Elberfeld (Freis. Vp.) giebt im Namen seiner Partei die Erklärung ab, daß sie für den Antrag stimmen werde.

Abg. Werner (Antis.) erklärt im Namen seiner politischen Freunde, daß sie dem Antrage durchaus sympathisch gegenüber stehen. Für das Wohl der Arbeiter kann und muß noch manches geschehen. Besonders die Kontrolle in den Fabriken muß schärfer, die Arbeiterwohnungen müssen besser gestaltet werden. Wird das erst durchgeführt, dann werden die Arbeiter auch einsehen, daß auch andere Parteien sich der Arbeiter annehmen, nicht bloß die Sozialdemokraten. Ich wünsche nur, daß die gleiche Fürsorge auch den Handwerkern zuteil werden möchte.

Ein Schlußantrag wird hierauf angenommen.

Das Schlußwort erhält

Abg. Dr. Lieber (Ztr.), der seine Freude über den günstigen Verlauf der Diskussion ausspricht und nochmals um möglichst einstimmige Annahme des Antrages bittet.

Persönlich bemerkt

Abg. Hüpeden, daß es ihm leider durch den Schluß der Diskussion nicht möglich war. im Namen seiner christlichsozialen Freunde auf die Ausführungen des Abg. von Stumm gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu erwidern. Er hoffe dies bei nächster Gelegenheit thun zu können.

Der Antrag Hitze wird einstimmig angenommen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Antrag Kanitz).

Schluß 5¼ Uhr.

Politische Uebersicht.

* Bielefeld, 16. Januar.

— **Die Politik des Zentrums** besteht heute mehr denn je im Lavieren allen den immer mächtiger auftretenden wirtschaftlichen Strömungen gegenüber. Dieses Lavieren gestaltet sich aber, je mehr sich die Gegensätze zwischen diesen wirtschaftlichen Strömungen entfalten. um so schwieriger. Bei der Margarinedebatte war der Zentrumsredner Bachem ganz bedenklich ins agrarische Fahrwasser geraten. Er hatte nicht nur eine Besteuerung der Margarine vorgeschlagen, sondern auch eine Färbung im Verhältnis zur Höhe der Steuer, nämlich je niedriger der Steuersatz, desto unappetitlicher sollte die Färbung sich gestalten, so daß hier die Absicht offen zutage trat, gerade dem armen Mann sein Nahrungsmittel zu Gunsten der Butter produzierenden Agrarier zu verekeln. Man kann ja nun gespannt darauf sein, wie sich Herrn Bachems Wähler, die armen Seidenweber von Crefeld, mit dieser seiner sozialreformatorischen Thätigkeit auseinandersetzen werden. Wer weiß, ob sich dabei nicht herausstellen wird, daß Herr Bachem sich diesmal zu weit nach der agrarischen Seite hin vorgewagt hat. Aber spaßhaft ist es, daß die „Kreuzzeitung", von welcher Herr Bachem berechtigterweise ein Wort der Anerkennung erwarten durfte, gerade im Gegenteil ihn heftig angreift. Die Zustimmung zu den „kleinen Mitteln" könne nichts nutzen, wenn sich das Zentrum den „großen Mitteln" — Antrag Kanitz — feindselig gegenüber stelle. Bei der bevorstehenden Beratung des Antrags Kanitz solle Herr Dr. Bachem mit den Seinen Farbe bekennen und zeigen, daß die Teilnahme, die er den kleinen Mitteln schenkt, nicht etwa der Absicht entspringt, die „großen" um so entschiedener zu bekämpfen. Aber auf den Antrag Kanitz will und kann sich das Zentrum nicht verpflichten: es würde damit den Agrariern mit Leib und Seele verfallen sein. Deshalb ist auch unlängst gegen den Antrag Kanitz eine Broschüre von Dr. Pichler erschienen, in welchem der offizielle Standpunkt des Zentrums zu dem Antrag festgelegt wird. Gegen diese Broschüre ist der Bund der Landwirte natürlich nicht wenig erbittert, und seine Korrespondenz greift die Führer des Zentrums deswegen heftig an. Es wäre dies ein Versuch, die Fraktion auf eine Ansicht festzulegen, die „nicht die der Fraktion, sondern nur eines Teils ihrer Mitglieder ist".

Die leitenden Geister des Zentrums — so heißt es in der Auslassung — haben damit einen gefährlichen Schritt gethan, zu dem sie sich wahrscheinlich nur in der bekannten Stimmung entschlossen haben, in der man alle Bedenken mit einem kurzen Entweder-Oder abschneidet. Die Sache kann gelingen; es ist möglich, daß die ausgeflogenen Vögel in den Käfig der Parteidisziplin zurückkehren, es kann aber auch geschehen, daß sie der Partei Valet sagen. Es kann zum Bruche kommen.

Unserer Ansicht nach wird es wohl dem Zentrum vorläufig noch gelingen, die widerstrebenden Elemente, aus denen es besteht, unter der Fahne der katholischen Kirche zusammenzuhalten. Aber mit Freuden begrüßen wir das immer stärkere Hervortreten der wirtschaftlichen Interessen. Mögen doch auch die Arbeiter erst alle lernen, ihre wirtschaftlichen Interessen zu erkennen und wahrzunehmen. Für diesen Zweck eignet sich aber der Antrag Kanitz ganz außerordentlich. Er zeigt den Gegensatz der Interessen von Besitz und Arbeit in einer Deutlichkeit, welche den Arbeiter notwendig aufklären muß. Hoffen wir von seiner Verhandlung im Reichstage das Beste.

Deutsches Reich.

Berlin, 15. Januar. Aus dem Reichstage. Heute hat es der Reichstag zum ersten Male zu einer gut besuchten Sitzung gebracht. War es der Schmerzensschrei des Herrn von Buol an seine bummelnden Fraktionsgenossen, war es die Eröffnung des preußischen Landtages oder die Nähe des Antrages Kanitz, die das Wunder bewirkten? Gleichviel, die Bänke des hohen Hauses waren gut besetzt, und der Zentrumsantrag zur Gewerbeordnung konnte vor zahlreichen Hörern verhandelt werden. Wenn das Zentrum sich einmal in der Session zu einem arbeiterfreundlichen Antrage „erhitzt", so darf man sicher sein, daß an diesem bescheidenen Feuer nur eine bescheidene Bettelsuppe gekocht wird. So war es auch heute. Der beste Beweis für die Harmlosigkeit der vorgeschlagenen Verschärfung der Gewerbeordnung liegt wohl darin, daß von keiner Seite des Hauses Widerspruch gegen den Antrag laut wurde. Dem Unternehmertum muß mit einem Vorschlage nicht sehr wehe gethan werden, dem sich selbst Herr von Stumm sympathisch gegenüberstellt. Auch die Regierung hatte durch den Mund des Unterstaatssekretärs Lohmann ihr Einverständnis ausdrücken lassen. Von unserer Seite sprach Molkenbuhr. Seine Rede zeugte wieder von der gründlichen Beherrschung der Materie, von der eingehenden Kenntnis der sozialen Lage der einzelnen Arbeiterschaften, die ihn auszeichnet. Mit Wärme trat er für die Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen auf die Hausindustrie ein, verlangte er die Streichung des § 154 der Gewerbeordnung, der die Hölle der Hausarbeit jetzt vor dem Eingriff der Gesetzgebung schützt. Aber davon wollen weder die Sozialpolitiker des Zentrums, noch Herr von Stumm etwas wissen. Sie machen vor der Schwelle der Familie Halt: Sie muß ein Heiligtum — für die schrankenlose Ausbeutung auch der Frauen- und Kinderarbeit — bleiben. Herr von Stumm hatte sich übrigens heute nur deshalb auf das sozialpolitische Rößlein gesetzt, um seinem erbitterten Herzen in einer Privatangelegenheit wieder einmal Luft zu machen. Er brach die Gelegenheit vom Zaune, sein Mütchen am „Vorwärts", an der „Frankf. Ztg." und am sozialkonservativen „Volk" zu kühlen. König Stumm dekretierte, daß sämtliche vergangene und künftige Behauptungen dieser Blätter über höchstseine Person Lügen sind. Dem Selbstherrscher von Neunkirchen kommt der Gedanke selbstverständlich nicht daß die Angriffe der von ihm genannten Blätter, die doch drei von einander gänzlich abweichende politische Richtungen vertreten, in seinem eigenen Verhalten begründet sind, und so wird er das Gelächter, daß seine Worte über die böse Presse fast im ganzen Hause weckten, offenbar viel zu schmeichelhaft für sich selber deuten.

— Heute ist der Landtag eröffnet worden. Die Mitglieder hatten sich in beschlußfähiger Anzahl eingefunden, dafür bekommen sie auch Diäten.

Berlin, 15 Januar. Aus einem konservativen Parteizirkular teilt die „Freisinnige Zeitung" mit: „5000 „Ehrenmitglieder" der konservativen Partei werden gesucht. „Ehrenmitglied" des Wahlvereins der Deutschkonservativen kann man durch einen festen Jahresbeitrag von 10 Mark werden. Der Vorstand des Wahlvereins der Deutschkonservativen versendet zu diesem Zweck überall hin gedruckte Aufforderungen, von denen auch viele an Mitglieder anderer Parteien, namentlich an Nationalliberale gelangen. Die Mittel sollen verwandt werden für die Haltung eines Bureaus, die Erhaltung der „Kons. Korresp." und zu Beihilfen zu Wahl- und Preßzwecken. Der Wahlverein will auf diese Weise nach dem versandten Prospekt 5000 Ehrenmitglieder gewinnen und damit eine Summe von 50000 Mk. jährlich aufbringen. In dem Zirkular wird geklagt daß leider „in den Kreisen der Konservativen selbst das volle Verständnis fehlt für das Bedürfnis der vorbezeichneten Einrichtungen, ohne die eine gesicherte, selbstständige politische Thätigkeit und dauernde Erfolge der Partei unmöglich sind."

So ist es richtig, über die sozialdemokratische Partei immer wieder die infame Lüge verbreiten, daß diese von der Börse ihre Gelder erhält, und selbst nur Mitglieder haben, die trotz oder vielleicht wegen ihres Reichtums zu keinem Opfer für ihre Partei bereit sind, das ist die konservative Partei.

— Herr Brausewetter, so wird von verschiedenen Seiten mitgeteilt, soll dauernder Geistesumnachtung verfallen sein. Dieses persönliche Mißgeschick wird zu einer Angelegenheit von großer Bedeutung für die Oeffentlichkeit dadurch, daß der Geisteskranke bis wenige Tage vor seiner Ueberführung in eine Heilanstalt seines Amtes als Vorsitzender einer Strafkammer des Landgerichts Berlin I gewaltet und somit erheblichen Einfluß ausgeübt hat zur Verurteilung zahlreicher Personen zu schweren Freiheitsstrafen, die durch ihre Härte allgemeines Aufsehen erregten. Sein Verhalten in dieser einflußreichen Stellung ist der Oeffentlichkeit längst anormal erschienen. Es wird jetzt aber auch ruchbar, daß selbst seinen Kollegen der anormale Geisteszustand des Herrn Brausewetter aufgefallen ist. Anstoß haben sie jedenfalls nicht daran genommen. Bekannt ist es aber, daß bei Paralytikern die Krankheit lange Zeit hindurch Schritt für Schritt die Geisteskräfte zerstört. Um so mehr wird auf aller Lippen die Frage schweben: Kann etwas geschehen, um eine Wiederaufnahme der Prozesse, in denen Herr Brausewetter entscheidend mitgewirkt hat, durchzusetzen? Kann etwas derart geschehen, wird etwas geschehen? Zur Erörterung dieser Frage bringt nun die „Berliner Zeitung" folgenden interessanten Beitrag:

„Wir können den bisherigen Nachrichten hinzufügen, daß ein hiesiger Gerichtsphysikus bereits vor etwa zwei Jahren an Brausewetter die Spuren beginnender tabes (Rückenmarksschwindsucht) bemerkt hat. Jetzt hört man nur davon, daß in schwebenden Strafprozessen die Revision auf die Geisteskrankheit des Vorsitzenden gestützt, daß in rechtskräftig beendeten Verfahren die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt werden soll. Beides ist gleich aussichtslos. Die Geisteskrankheit eines Richters ist kein Grund zur Anfechtung des Urteils, an dessen Zustandekommen er mitgewirkt hat. Angesichts dieses traurigen Rechtszustandes ist es um so bedauerlicher, daß sich niemand gefunden hat, der bereits früher der strafrechtlichen Thätigkeit des Herrn Brausewetter ein Ende gemacht hat. Wir haben vollkommenes Verständnis für die peinliche Lage, in der sich die Kollegen des Herrn Brausewetter befanden, aber die Rücksicht auf die Angeklagten mußte für sie das Entscheidende sein. Nach dem, was man heute über Herrn Brausewetters Krankheit erfährt, ist es schwer zu begreifen, wie dieser Mann, dessen richterliche Thätigkeit schon seit Jahren die schwersten Bedenken erregt hat und dem Ansehen der deutschen Rechtspflege nicht immer förderlich gewesen ist, bei Ablauf des verflossenen Geschäftsjahres durch das Präsidium des Landgerichts von neuem zum Vorsitz einer Strafkammer berufen werden konnte.

In kurzer Zeit ist es am hiesigen Landgericht I der zweite Fall, daß ein Richter, dessen Berufsthätigkeit die öffentliche Aufmerksamkeit in ungünstigem Sinne auf sich lenkt, sich als Geisteskranker erweist. Der Landgerichtsrat Curtius, der durch sein wunderliches Benehmen und die Schroffheit, mit der er manchem Angeklagten gegenüber auftrat, jahrelang Aufsehen erregte, machte eines Tages in ausbrechendem Wahnsinn seinem Leben ein Ende. Es wurde klar, daß er schon längst nicht mehr im Besitze seiner vollen Geisteskräfte gewesen war.

Die Gefahr, welche ein geisteskranker Richter für die Angeklagten bildet, namentlich wenn er den Vorsitz in einer Strafkammer oder gar im Schwurgericht führt, bedarf keiner weiteren Ausführung. Es erscheint uns als dringende Aufgabe des Reichstages, der ja jetzt von neuem an die Reformierung des Strafprozesses geht, gegen Urteile geisteskranker Richter und gegen die Beschäftigung solcher den unbedingt erforderlichen Rechtsschutz zu schaffen. In unserem nervösen Zeitalter ist ein solcher Schutz notwendiger als je."

Die gesetzliche Einführung eines solchen Schutzes in allen Ehren — notwendig ist es sicher, dafür zu sorgen — so meinen wir doch, daß sofort thatkräftige Schritte gethan werden müssen, um den letztjährigen Opfern Brausewetterscher Rechtsprechung zu einer Wiederaufnahme des Verfahrens zu verhelfen. Das ist ein Fall, in dem das formale Recht das schreiendste Unrecht ist.

Saarbrücken. Herr Stumm sollte, wie jüngst gemeldet wurde, den Saarbrückener „Generalanzeiger" gekauft haben. Diese Nachricht ließ der Freiherr in der „Post" dementieren. Aber mit den Dementis des Herrn v. Stumm hat es seine eigentümliche Bewandtnis. Wegen der Scharfmacherei hat er

die „Frkf. Ztg.“ immer noch nicht verklagt. Und mit dem Ankauf des „Generalanzeigers“ hat es seine völlige Richtigkeit. Allerdings, Herr v. Stumm ist nicht persönlicher ausschließlicher Eigentümer des „Generalanzeigers“ geworden. Aber wie es sich damit verhält, erfährt man aus folgender Mitteilung der „Sankt Johanner Zeitung“:

„In auswärtigen Blättern geht eine Notiz der „Deutschen Tageszeitung“ um, wonach der hiesige „Generalanzeiger“ von Freiherrn v. Stumm gekauft worden sei. Zur Berichtigung dieser Notiz, deren Inhalt hier schon längere Zeit als Gerücht bekannt ist, teilen wir folgendes mit: Der „Generalanzeiger“ geht vom 1. April d. J. ab in das Eigentum der Straßburger Druckerei und Verlagsanstalt über. (Als Kaufpreis werden 65 000 Mk. für das Geschäft, selbstverständlich ohne Haus, genannt.) Ein Konsortium, an dessen Spitze Freiherr v. Stumm steht, ist mit einem namhaften Kapital an dem Unternehmen beteiligt; dadurch sichert sich der eben genannte einen bestimmenden Einfluß auf die Haltung des Blattes, das künftig also mehr wie bisher die Stummsche Politik nach ihren verschiedenen Richtungen hin vertreten wird. Ob das Blatt den alten Namen beibehalten oder einen neuen Titel erhalten wird, darüber ist noch nichts bekannt.“

Einen neuen Titel für das Blatt, dessen Eigentümer demnach König Stumm nicht ist, hat der Volksmund bereits geschaffen. Man nennt das Organ der Scharfmacher den „Schleifstein“.

Straßburg i. Els., 13. Jan. Bei der heutigen Bezirkstagswahl erhielt Böhle (Soz.) 1570, Metz (Ordnungspartei) 1575, Schmutz (Dem.) 670 Stimmen. Eine Stichwahl ist erforderlich.

Aus dem Auslande.

Frankreich. Bei der am 14. d. M. vollzogenen Präsidentenwahl wurde der bisherige Präsident der Kammer, Brisson, mit 214 von 351 Stimmen wiedergewählt. Im Senat ist die Präsidentenwahl bis Donnerstag verschoben worden.

In Perpignan (Pyrenees-Orientales) wurde bei einer Ersatzwahl zur Deputiertenkammer der Sozialist Bourrat mit 4181 gegen 2250 radikale Stimmen gewählt. In den allgemeinen Wahlen von 1893 hatte Bourrat 3845 Stimmen erhalten. Die Sozialisten gewinnen damit einen neuen Sitz auf Kosten der Radikalen.

Zur europäischen Situation.

Dem frechen Raubzuge des Abenteurers Jameson nach Transvaal haben die Milizen der Boeren mit ihrer kaltblütigen Tapferkeit ein rasches Ende bereitet. Der Führer der Diebesbande, die Leben und Eigentum anderer mit den Waffen bedroht hat, kommt durch Englands Verwendung ungeschoren davon zur selben Zeit, da der Sozialismus, der nur mit gesetzlichen Waffen kämpft, in fast allen Kulturländern mit harten und härtesten Verfolgungen heimgesucht wird. Das beleuchtet grell die Signatur unserer Zeit. Aber das „perfide Albion“, dessen Kapitalisten und politische Agenten den Raubzug Jamesons begünstigt haben, sieht sich durch die Krisis in Transvaal plötzlich in eine ganz andere Lage versetzt. Dieser Jameson mit samt seinem Patron Cecil Rhodes ist eine für England unheilvolle Erscheinung und sein Zug hat eine für England ganz unerwartete Wirkung gehabt — England ist ganz plötzlich isoliert worden. Soeben in einen Streit mit Nordamerika wegen der Grenzstreitigkeiten mit Venezuela verwickelt, sieht England plötzlich, daß es auch in den übrigen Ländern fast nur Feinde hat. Deutsche, Franzosen, Italiener — alle machen aus ihrer Antipathie gegen England kein Hehl, Rußland ist Englands natürlicher Gegner und alle Feinde finden sich in dem gemeinsamen Gefühl des Widerwillens gegen England zusammen; die Flamme des Antagonismus zwischen deutschen und französischen Chauvinisten scheint für den Moment zu erlöschen. Eine wütende Preßfehde hat sich entsponnen und man kann froh sein, daß diese Wut sich in Tinte und nicht in Blut ausspritzt.

Daß England in diese Situation geraten, daran ist es selber schuld. Wer die ganze Welt ausbeuten will, der muß eben gewärtig sein, daß er in der ganzen Welt Feinde hat. Die englische Krämerpolitik, die schon so viel Unheil angerichtet hat, muß sich einmal rächen, und wie sehr das Maß voll war, sieht man daran, daß es der Tropfen in Transvaal zum Ueberlaufen gebracht hat.

Wir sind sonach in dieser Angelegenheit ohne Vorurteil. Nichtsdestoweniger aber müssen wir scharf jenen kurzsichtigen Politikern der Presse entgegentreten, die sich so sehr von ihren augenblicklichen Gefühlen leiten lassen, daß sie die Isolierung Englands als eine erfreuliche Wendung bezeichnen. Der deutsche Chauvinismus schießt in diesem Falle wie immer weit über das Ziel hinaus.

England hat den mächtigsten Kolonialbesitz, der sich über alle fünf Erdteile erstreckt. Seine meerbeherrschende Flotte, sein Welthandel und seine gewaltige Industrie in Verbindung mit seinem ausgedehnten Länderbesitz haben es zu einem natürlichen Gegengewicht Rußlands gemacht. Wie schwächlich auch heute die Haltung Englands anläßlich der jüngsten Wirren in der Türkei gewesen sein mag — niemand wird leugnen können, daß ohne England die russische Barbarei in Europa längst einen breiteren Boden gewonnen hätte, als sie heute inne hat. In diesem Sinne hat England unendlich mehr geleistet, als der Dreibund, und die englischen Staatsmänner haben dem Zarentum überall die Wege nach Westen verlegt, auch in jenen Zeiten, da die gepriesene Staatskunst Bismarcks sich durch sorgfältige Pflege der russischen „Erbfreundschaft“ hervorthat. Davon ließ sich Bismarck erst durch die äußerste Notwendigkeit abdrängen, denn seine Neigung zu Rußland war eine aufrichtige, da er in den russischen Zuständen manches sah, was er gerne in Deutschland nachgebildet hätte. Ihn für diese Dinge zu loben, wollen wir den Nationalliberalen überlassen.

Frei von chauvinistischer Erhitzung wollen wir nicht vergessen, daß die inneren Zustände Englands niemals verfehlt haben, eine günstige Wirkung auf das übrige Europa auszuüben. Zwar sind die bürgerlichen Freiheiten, die sich das englische Volk in Jahrhunderten von blutigen Kämpfen errungen hat, abgeschwächt und vielfach illusorisch gemacht durch die soziale Zerklüftung von heute, und die Klassenvorrechte machen sich in England ebenso brutal geltend wie anderwärts. Aber eins hat sich das englische Volk voll und ganz zu wahren gewußt, trotz aller Anfechtungen und Machinationen, nämlich das Asylrecht. Weder die freie Schweiz, noch die Republik Frankreich, noch sonst ein Staat auf dem Kontinent ist im stande gewesen, das Asylrecht uneingeschränkt zu erhalten; die republikanischen Freiheiten Frankreichs können heute von russischen Einflüssen angetastet werden. Nur England bietet dem politisch Verfolgten, aus welchem Land er auch kommen möge, eine sichere und unverletzliche Zufluchtsstätte.

Dem entsprechend sei nicht übersehen, daß England schon in manchen Fragen und Krisen im Interesse der Humanität und Zivilisation eingegriffen hat. Die englische Politik hat gewiß der Greuel und Gewaltthaten genug aufzuweisen, aber die Freiheitsliebe des englischen Volkes und dessen Widerwillen gegen den Krieg haben die Regierungen des Inselreichs auch schon hundertmal genötigt, von den gewöhnlichen Praktiken der Staatsmänner abzulassen. Die englischen Chauvinisten gehören der Großbourgeoisie an, die unersättlich ist in Bezug auf ihren Handelsprofit und die darum auch glaubt, die englische Staatsmaschine sei nur dafür da, diesen Profit zu vermehren. Aber das englische Volk, das sich bis heute noch nicht einen Militarismus, wie er die Völker des Kontinents erdrückt, hat aufzwingen lassen, ist weniger leichtherzig, wenn es sich um äußere Verwickelungen handelt, und wird alles thun, um kriegerische Zwischenfälle mit dem europäischen Kontinent zu vermeiden.

In dem Augenblick, da der Einfluß Englands zurücktritt und diese Macht in dem „europäischen Konzert“ isoliert steht, muß in demselben Maße der Einfluß Rußlands sich vermehren. Die barbarische Macht, welche die Intelligenz ihres Landes in dem Riesenkerker Sibirien begräbt und gerne ganz Europa dem Szepter ihres finsteren Despotismus zu Füßen sehen möchte, wird begierig die Gelegenheit benutzen, um sich da festzusetzen, wo England verdrängt worden ist. Man weiß, welche Mittel von der russischen Diplomatie allein schon angewendet worden sind, um das englische Asylrecht zu zerstören und die Menschen, welche es wagen, gegen den russischen Despotismus anzukämpfen, auf der ganzen Erde heimatlos zu machen. Schon dieser eine Umstand würde hinreichen, es uns als ein Unglück erscheinen zu lassen, wenn der russische Einfluß in Europa gegenüber dem englischen dominiert. Aber die herrschenden Klassen von heute haben für diese Dinge keinen Sinn mehr, wenn auch einzelne ihrer Wortführer im Festdusel gelegentlich einmal von „idealen Gütern“ sprechen; sie beugen sich jeder Macht, welche ihnen dafür Garantien bietet, daß sie sich ruhig Kapitalien anhäufen können.

In dem Konflikt mit England liegt sonach eine schwere Gefahr verborgen und wir wünschen nur, daß der Konflikt bald beigelegt wird.

Angesichts solcher Vorgänge wird man immer wieder an das bedeutende Wort des ersten Napoleon erinnert, daß Europa einst republikanisch oder kosakisch werden müsse. Dieses Wort bedarf, um heute noch Geltung zu haben, einer Erweiterung: Europa wird sozialistisch oder kosakisch werden. Unserer Bourgeoisie aber, welche vom Sozialismus nichts wissen will, geben wir zu bedenken: Nach republikanischen Neugestaltungen sieht es im Moment sicherlich nicht aus; dagegen gewinnt die Gefahr des Kosakentums an Umfang. Darin liegt eine ernste Mahnung, nicht nur an unsere Chauvinisten, die sich dieser Gefahr nicht bewußt sind, sondern auch an das englische Volk, daß es seine politischen Rechte gebrauchen möge, um die Sucht der Staatsmänner nach Abenteuern zu zügeln und sie zu verhindern, daß sie im Interesse der Kapitalisten und Spekulanten Raubzüge à la Jameson fördern. Dann wird man solche Konflikte, wie den gegenwärtigen, vermeiden.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 16. Januar.

— **Polizeiliche Nachrichten.** Ein bis jetzt unbekannter Schwindler hat vor etwa 4 Wochen zu einem Wirte in der Siekerstr. hier 1 neue Lampe, 1 Haarbesen, 1½ kg Kaffee, sowie 12½ kg Apfelgelee gebracht und sich auf diese Sachen 10 Mk. verabfolgen lassen unter der Angabe, daß er Thomas heiße und Gärtner bei dem Pastor Andreas zu Stieghorst sei. Zum Ankauf einer Küchenleiter benötige er die zehn Mark. Die zum Pfande gelassenen Sachen sind bis heute nicht eingelöst worden und es hat der genannte Pastor auch Niemand mit derartigen Einkäufen beauftragt. Wahrscheinlich hat der Unbekannte die Sachen erschwindelt. — Am 1. Jan. d. Js. entnahm, nach der Beschreibung, derselbe Mensch aus einer hiesigen Eisenhandlung für den Pastor Huchzermeier in Stieghorst, 1 Beil, 1 Axt, 1 Eimer, 1 Handfeger und 1 Pinsel im Betrage von 7,70 Mk. und ließ sich auf diese Gegenstände von einem Kaufmann in der Niederwallstraße 4 Mk. geben. — Auf ähnliche Weise soll der Schwindler die Firma Reuter und Rücker um mehrere tausend Zigarren betrogen haben. Sollten auf diese Art und Weise noch andere Geschäftsinhaber geschädigt sein, so mögen sie sich baldigst im Kommissariat Klosterstraße 6, melden.

— **Eine öffentliche Zimmererversammlung** findet morgen, Freitag, Nachmittag um 5 Uhr im Lokale des Herrn Turhorn statt. Die Zeit ist so gewählt, um den Versammlungsbesuch möglichst zu erleichtern. Hoffentlich wird der Besuch dementsprechend zahlreich sein. Man sollte doch meinen, daß gerade die Zimmerleute durch den Erfolg des vorjährigen Streiks etwas gelernt haben sollten.

Gütersloh, 14. Januar. Am Donnerstag Morgen wurde eine 86jährige Frau nahe bei der Fabrik von Niemöller und Abel in bewußtlosem Zustande auf der Erde liegend aufgefunden. Ihre Gliedmaßen waren vollständig erfroren. Dieselbe ist nunmehr gestorben. Herrliche Kulturzustände, bei welchen so etwas möglich ist.

Hörde. Unsere Finanzlage ist plötzlich eine unangenehme geworden. Der Hörder Verein war mit 80 600 Mark zur Gemeindesteuer herangezogen worden; er erhob dagegen Einspruch und ging dann im Klagewege gegen die Stadt vor. Der Bezirksausschuß in Arnsberg hat nun entschieden, daß der Klage Folge zu geben sei; der Hörder Verein habe nur mit 25 200 Mark herangezogen werden können. Die Stadt Hörde hat demnach 55 400 Mark zurückzuzahlen. Das ist für unsere arme Gemeinde eine hohe Summe. Wenn der Hörder Verein sich nicht mit Abschlagszahlungen begnügt, dann wird für die Rückzahlung eine besondere Steuer ausgeschrieben werden müssen.

Courl. Unsere Leser erinnern sich wohl noch des Konsumvereins auf der Zeche Courl, welcher die Beträge für die Waren, welche die Arbeiter von ihm entnahmen, gleich von dem verdienten Lohn für sich abziehen ließ. Es ist dies das bei den Unternehmern so beliebte, aber verbotene Truckſystem. Dieses Verfahren hat das Gericht als Uebertretung der Gewerbe-Ordnung angesehen und, wie wir dies damals schon mitteilten, den Herrn Direktor der Zeche deshalb verurteilt. Auf die Entscheidung stützte sich die Klage eines Bergmanns gegen die Zeche auf Herauszahlung der ihm so zu Unrecht einbehaltenen Beträge in Höhe von 534 Mark. Nachdem der Kläger verunglückt war, führte die Witwe die Sache weiter. Das Landgericht wies jedoch in der Sitzung vom 11. Januar die Klage ab. Die Beträge hätten dem Kläger allerdings nicht vom Lohne einbehalten werden dürfen, doch sei es seine Sache gewesen, bei der Lohnzahlung dagegen zu protestieren. Indem er das unterlassen und damit nachträglich seine Zustimmung zu dem Verfahren gegeben habe, handle es sich nicht mehr um den verdienten, aber nicht erhobenen Lohn.

Man sollte meinen, die Zeche Courl, welche den Arbeitern in unrechtmäßiger Weise einen Teil des Lohnes zurückbehalten hat, müßte, nachdem ihr dies durch Gerichtserkenntnis zum Bewußtsein gebracht worden ist, aus einfachen Billigkeitsgründen den zu Unrecht einbehaltenen Lohn an diejenigen auszahlen, die ihn redlich verdient haben. Denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Wenn aber dergleichen nicht geschieht, wie will man sich wundern, daß die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, die Erbitterung der Besitzlosen gegen die Besitzenden immer größer wird!

Altendorf, 11. Januar. Ueberfallen. Gestern Abend wurde ein Bote der Zeche „Helene-Amalia“, welcher die Kasse des Zechenkonsums mit über 1000 Mark zum Bureau abliefern sollte, von einem Manne plötzlich überfallen, an der Kehle gewürgt und zu Boden geworfen. Der Angegriffene, auf welchen auch ein Schuß, ohne besonders zu verletzen, abgefeuert wurde, war bald besinnungslos und wurde in diesem Zustande bald aufgefunden. Der Beutel mit dem Geld war natürlich mit dem Attentäter verschwunden. Letzterer scheint überhaupt sehr gut unterrichtet gewesen zu sein, denn gerade am gestrigen Abend war wegen der Auslöhnung die Konsumkasse inhaltreich; sonst wurden nur 200 bis 300 Mark abgeliefert.

Burbach (Kr. Siegen), 13. Januar. Bleierzfund. Auf der nahen Grube „Peterszeche“ wurde ein mächtiges Bleierzmittel von 3 Metern Stärke erhauen, wovon 80 pCt. „reinderb“ sein sollen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ueber das Arbeiterelend in der Konfektionsbranche wird geschrieben: Durch die allerorts eingeleitete wirksame Agitation unter den Konfektionsschneidern und Näherinnen werden krasse Fälle kapitalistischer Ausbeutung bekannt. In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung der Konfektionsschneider und Schneiderinnen von Hamburg-Altona und Umgegend, wo verschiedene Redner über die gegenwärtig bezahlten Preise berichteten, wurde mitgeteilt, daß Hausarbeiter für Jacketts 1,65 bis 2,30 M. bezahlt bekommen, wofür noch elegante Façons und alles mögliche verlangt wird. Bei einer Firma haben die Arbeiterinnen mit einem Wochenverdienst von 1—3 M. nach Hause gehen müssen. In einem Falle behielt ein Mädchen nach Abzug der Beiträge zur Alters-, Invaliditäts- u. Krankenversicherung nur 18 Pfg., sage und schreibe achtzehn Pfennige übrig. Für eine Negligeejacke mit Verschnürung erhalten die Mädchen 1 M., für Pelerinenmäntel aus Winterstoff 1,50 M., für solche aus Sommerstoff 1—1,50 M. Die anwesenden Maßschneider waren über die in der Konfektionsbranche gezahlten Stücklöhne ganz erstaunt; so niedrig hatten sie sich diese denn doch nicht vorgestellt.

Eine Versammlung in Weimar beschloß, mit aller Energie für die Einführung von Betriebswerkstätten und für einen geregelten Lohntarif einzutreten. Die zahlreich erschienenen Schneidermeister, vor allem der Obermeister der dortigen Innung, erklärten, nach besten Kräften für diese wohlberechtigten Forderungen wirken zu wollen. In derselben Versammlung kam ein Gutachten des Kreisphysikus Dr. Knopf in Weimar, Kassenarztes der dortigen Schneiderkasse, zur Verlesung, das die Berechtigung der Forderung nach Einführung von Betriebswerkstätten ins allerhellste Licht setzt. Das Gutachten lautet:

„Auf Ihre Anfrage, betr. die Uebertragung von Krankheiten durch Kleider, möchte ich erwidern, daß solche viel häufiger geschieht, als gewöhnlich angenommen wird. Insbesondere möchte ich nicht bezweifeln, daß eine Weiterverbreitung von ansteckenden Krankheiten, z. B. Diphtherie, Scharlach, Schwindsucht, Masern usw. leicht aus den Stuben solcher Schneider, die zugleich als Arbeits-, Wohn-, Schlaf-, Krankenzimmer und Kochraum dienen müssen, stattfindet“.

Kirche und Schule.

Das dänische Folkething beschäftigt sich gegenwärtig mit einem Gesetzentwurf betreffend die gesetzliche Neuregelung des Schulwesens. Wird der Entwurf angenommen, wie zu erwarten steht, so werden wir in Preußen mit unserem Volksschulwesen alsdann auch hinter Dänemark vielfach zurückstehen, wie es bereits vielen anderen, insbesondere auch den meisten deutschen Staaten gegenüber schon längst der Fall ist. Namentlich werden unsere preußischen Volksschullehrer bedeutend schlechter gestellt sein, als ihre Kollegen in Dänemark und das um so mehr, als außerdem dort der Lebensunterhalt erheblich billiger ist als bei uns. Für sämtliche Lehrkräfte soll nach der neuen Gesetzesvorlage das System der Dienstaltersstufen eingerichtet werden und die Hauptlehrer erhalten Funktionszulage von 200—1200 Kronen (10 Kronen gleich 12,25 Mk.). Auf dem Lande soll das Anfangsgehalt der ersten bezw. Einzellehrer je nach der Gegend 700—900 Kronen betragen, also erheblich mehr als das Gehalt derselben Lehrer jetzt bei uns

beträgt und auch mehr, als es nach dem neuen Lehrerbesoldungsgesetz gewährt werden soll, zumal wenn man dabei, wie bereits betont, noch die bei uns wesentlich höheren Preise für alle Lebensmittel in betracht zieht. Von den andern Bestimmungen in dem neuen dänischen Schulgesetzentwurf sind von besonderer Bedeutung diejenigen, nach welchen die Schulpflicht erst beginnen soll mit dem Anfang desjenigen Unterrichtssemesters, in dem das Kind das siebente Lebensjahr vollendet, und diejenigen, welche die Schülerzahl festsetzen, die gleichzeitig in einer Klasse unterrichtet werden dürfen. Diese Schülerzahl soll höchstens 35 betragen, während bei uns in Preußen sie 80 betragen kann, thatsächlich aber in sehr vielen Schulen weit darüber hinausgeht, oft bis über 100. In Berlin sind durchschnittlich gegen 70 Schüler in den einzelnen Klassen der Volksschulen, hier in Bielefeld sogar in einigen Klassen der ersten Bürgerschule über 80 Schüler; wobei noch erschwerend ins Gewicht fällt, daß besonders die unteren Klassen überfüllt sind. Aber mit solchen Kleinigkeiten braucht man sich hier in Deutschland nicht zu beschäftigen, hier hat man wichtigere Dinge zu thun, wie z. B. folgender Artikel der „Berl. Volksztg." beweist:

Zwangsreligion. Dem bekannten freireligiösen Doktor Völkel ist in Braunschweig untersagt worden, den Jugendunterricht an Dissidentenkinder zu erteilen. Diesem Verbote ist eine andere administrative Maßregel gefolgt, nämlich die Zuführung der bisher von Dr. Völkel unterrichteten Kinder zu dem Religionsunterricht in den Bürgerschulen. Mit Ausnahme von zwei Fällen ist von den beteiligten Eltern und Erziehern gegen diese Maßregel kein Widerspruch erhoben worden, wahrscheinlich, weil sie ahnen, daß er ihnen doch nichts nützen würde, und nur in den erwähnten beiden Ausnahmefällen hat die Polizeidirektion vorläufig Ordnungsstrafen erlassen. Ob gegen diese mit Erfolg auf gerichtliche Entscheidung angetragen werden kann, erscheint nach Lage der braunschweigischen Landesgesetzgebung fraglich. — Früher wurden die Leute mit Hunden in die Kirche gehetzt, heute werden die Kinder durch Ordnungsstrafen der Eltern in den Religionsunterricht gezwungen. Einen wesentlichen Unterschied können wir darin nicht finden.

Ein famoser Prediger der christlichen Liebe. In Rottweil wurde der Pfarrer Lutz von Böhringen zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er in zwei Fällen Hunde auf Menschen gehetzt hatte. Im Urteil wurde die Eigenschaft des Lutz als Geistlicher als Strafverschärfungsgrund angesehen.

Vermischtes.

Ein mit großer Verwegenheit ausgeführter Raub wurde in Eisenach am Freitag Abend im Postgebäude begangen. Der 13jährige Sohn eines Kaufmannes wollte eine Einzahlung von 582 Mk. machen und hatte das in einem Beutel befindliche Geld neben sich auf dem Schalterbrett stehen. Da trat plötzlich ein Fremder hinzu, faßte den Beutel und machte sich eilends aus dem Staube. Zwar wurde seine Verfolgung sofort aufgenommen, allein er war bald in der Dunkelheit verschwunden. In dem Räuber vermutet man einen stellenlosen Handlungsgehülfen aus Branderode.

Die katholische Pfarrkirche in Guben wurde in der Nacht zum Dienstag erbrochen. Die Einbrecher haben sich nicht begnügt, die Opferkästen zu plündern, das Tabernakel zu sprengen und die wertvollen Altargeräte zu stehlen, sie haben vielmehr nach der „Germ." in der ganzen Kirche Verwüstung angerichtet und sich auch an dem Allerheiligsten vergangen. Die im Tabernakel aufbewahrten Hostien lagen zerstreut umher. Von den Verbrechern hat man bis jetzt noch keine Spur entdeckt.

Von einem Wilddieb wurde in der Nacht zum Montag der Jagdaufseher Ott in Ulm (Amt Oberkirch) erschossen; er erhielt zwei Schüsse in die Brust, und konnte noch vor dem Hinscheiden seinen Mörder bezeichnen; derselbe ist flüchtig.

Briefkasten der Expedition.

H. O., Bünde. Der Preis beträgt 5 Mk.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen

Bekanntmachung.

Im Bureau der Handelskammer liegt in der Zeit vom 15 bis 31. Januar eine Petition an die Kaiserliche Ober-Postdirektion zu Minden aus, betreffend Herbeiführung einer **telephonischen Verbindung der Städte Bielefeld und Gütersloh mit Crefeld, Elberfeld u. s. w.** (der linken Rheinseite). Wir ersuchen diejenigen Gewerbetreibenden, welche ein Interesse an einer derartigen Verbindung haben, die Petition unterzeichnen zu wollen. [97

Die Handelskammer.

Oeffentl. Zimmerer-Versammlung

Freitag, den 17. d. M., abends 5 Uhr,
im Lokale des Herrn **Tuxhorn,** Turnerstraße.
Tagesordnung im Lokal.
Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig. [96

Der Einberufer.

Oeffentliche Versammlung

aller in der Schmiederei beschäft. Personen
Sonntag, den 19. Januar, vormittags 9½ Uhr,
in der **Central-Halle** am Kesselbrink.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteur **Hoffmann** über **Arbeitslohn und Arbeitszeit.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertreters und Stellvertreters zum Gewerkschaftskartell.
100] **Der Einberufer.**

Buchenholz-Verkauf

Montag, den 20. Januar, 1 Uhr anfangend, in den Wacht upper Bergen.
Abfahrt morgens 9 Uhr von Detert. [102*

B. Jelkmann.

Geschäfts-Eröffnung.

Am Freitag, den 17. d. M. eröffne ich am hiesigen Platze, **Kreuzstraße 49,** eine [103*

Rind- und Schweineschlachterei.

Es wird mein Bestreben sein, durch reelle und prompte Bedienung mir das Zutrauen einer geehrten Kundschaft zu erwerben, und bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Ludwig Gottheis,
Metzger.

In neuer Ausgabe ist erschienen:

Lassalles Offenes Antwortschreiben

nebst Anhang:
Die National-Werkstätten von 1848.
Mit einer historischen Einleitung und Noten von Ed. Bernstein.
4 Bogen 8°. **Preis 20 Pfg.** Porto 5 Pfg.

Die Bernsteinsche Einleitung skizziert die Vorgänge, durch welche Lassalle zur Abfassung des „Antwortschreibens" veranlaßt wurde, reproduziert u. a. auch den in der „Volkszeitung" erlassenen Aufruf und das Programm zu dem auf 18.—25. November 1862 einberufenen Allgemeinen Arbeiterkongreß, kennzeichnet die Stellung Bismarcks und der Fortschrittspartei zu demselben und liefert so die historische Unterlage zum Verständnis der Schrift, in welcher Lassalle die Arbeiter zum politischen Kampfe gegen die Fortschrittspartei aufruft, ihnen gegen Schultze-Delitzsch das sogenannte eherne Lohngesetz formuliert, sie zur Bildung einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden selbständigen Arbeiterpartei auffordert. Der Anhang enthält seinen bekannten Aufsatz über die Nationalwerkstätten, der inhaltlich und zeitlich sich unmittelbar an das Antwortschreiben anschließt.

Buchhandlung „Volkswacht".

Broschüren, Statuten liefert schnell und sauber Buchdruckerei „Volkswacht".

Oeffentl. Versammlung

der Fabrik-, Land- und gewerbl. Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
am Freitag, den 17. Januar,
im Lokale des Herrn **Tuxhorn**
Turnerstraße. [105

Tagesordnung: 1. Bericht vom Kartell. 2. Wahl eines Vertreters und Stellvertreters zum Gewerkschaftskartell.
Es ladet ein
Der Einberufer.

Verband

der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen, Filiale Bielefeld.
Sonntag, den 19. Januar,
morgens 10 Uhr:

General-Versammlung

im Lokale des Wirt **Kahl**
am Kesselbrink.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr. 2. Kassenbericht. 3. Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells. 4. Anträge. 5. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. [9

Die Ortsverwaltung.

Vereins-Nachrichten.

Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigt. Personen. Sonntag, d. 19. Januar, mittags 12 Uhr, in der Centralhalle



(Schutz-Marke.)
Apotheker Schusters (Leipzig) bewährte **Hausmittel** für den gesamten Viehstand.

„Stetszufrieden-Seuchenschutz" Pulver für Schweine, gesunderhaltend Freßlust, Verdauung, Mast befördernd à Pack 60 ₰. — **„Saftnequelle-Buttermehrer"**, Pulver für Kühe, vor Krankheiten schützend, reichlichen und guten Milchertrag bewirkend, à Pack 1 ℳ. — **„Wohlbefinden-Kühnemut"** Pulver für Pferde, Wohlbefinden erweckend, Kropf, Drüse, Dämpfigkeit radikal heilend, à Pack 1,50 ℳ. — **„Sehnenstärker-Schadenheil"**, für sämtliche Haustiere, Gelenke und Muskeln stärkend, alle Wunden und Schäden schnell heilend, à Fl. 4 ℳ. — Prospekte zu den Mitteln, auch ohne daß diese gekauft werden, gratis. Man achte auf obige Schutz-Marke und die Original-Namen!

Niederlagen: Die durch Plakate bezeichneten Geschäfte oder durch die obige Firma. [2745

! Eins von Tausend !

„Herrn Apotheker Schuster, Leipzig. Theils Ihnen mit, dass ich mit Ihrem Echt Englischen Schweine-, Fress- und Schnellmast-Pulver ausserordentliche Erfolge erzielte. Besonders meiner Schweine blieben mager und nahmen kein Futter mehr; nach mehrmaligem Gebrauche Ihres Pulvers stellte sich eine Fresslust ein, wie ich sie nie zuvor gesehen habe."

gez. v. Jagemann-Schwarzbach.

Nur echt mit obiger Schutzmarke und dem patentamtlich geschützten Namen „Stetszufrieden — Seuchenschutz" à Packet 60 Pfg.

Arbeiter-Bildungs-Verein.

Sonntag, den 19. Januar:
X. Stiftungsfest
des
Vereins deutscher Schuhmacher, Zahlstelle Bielefeld.
[99*
Anfang 4 Uhr, Ende 12 Uhr. — Fremde haben Zutritt.
Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

THEATER!!

am Sonntag, den 19. Januar 1896,
in der **Sängerhalle zur Esche**
H. Schnabel, Detmolderstraße.
Zur Aufführung gelangt: 104

Die Else vom Erlenhof.

Volksstück aus dem Schwarzwalde in 5 Aufzügen von Siegfried C. Staak.
Entree à Person 40 Pf., im Vorverkauf 30 Pfg.
Alles nähere die Zettel.
Es ladet ein **Der Theaterklub „Vorwärts".**

Gambrinus-Halle.

Sonntag, den 19. Januar:
Wurstebrei-Essen nebst Tanz.
Wer daran teilnehmen will, wird gebeten, sich bis **spätestens Freitag Abend** zu unterzeichnen. [106*

Rud. Wüstefeld.

In dem Verlage von **Conrad Müller,** Schkeuditz-Leipzig erschien eine Sammlung höchst origineller Vorträge unter dem Titel:

Der Kouplet-Sänger und Deklamator

nebst einer Anleitung: **Wie soll man vortragen,** sowie einem Anhang: **Verschiedene Gesellschaftsspiele.**
80 Seiten. Preis geb. 50 Pfg.
Vorrätig in der Buchhandlung der „Volkswacht" Bielefeld, Schulstraße 20.

Den Parteigenossen empfehlen wir zur Anschaffung:

Protokoll

über die
Verhandlungen des Parteitages
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
zu Breslau
vom 6. bis 12. Oktober 1895.

68 Seiten. Preis **30** Pfg. (Porto 10 Pfg.), gebundene Exemplare 50 Pfg.

Die Verhandlungen über das **Agrarprogramm** machen den Breslauer Parteitag zu einem der bedeutungsvollsten der Partei und da diese Verhandlungen im Protokoll besonders ausführlich wiedergegeben sind, so wird das diesjährige Protokoll ganz besondere Beachtung finden. Im Anhang sind die verschiedenen Vorschläge der Agrarkommission im Wortlaute nebst der Frankfurter Resolution beigefügt, so daß das gesamte Material hier zusammengefaßt ist und dauernd als Nachschlagebuch benutzt werden kann.

Protokolle
über die
Verhandlungen der Parteitage
zu
Halle (1890), Erfurt (1891) und **Berlin (1892)**
— Preis a 50 Pfg. —
Köln (1893) — Preis 40 Pfg. —
Frankfurt a. M. (1894) — Preis 25 Pfg. —
sind, soweit der Vorrat reicht, zu haben in der

Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld,
Schulstraße 20.

Kinder-Ausstattungen

als [3



Hemdchen, Jäckchen, Wickelbänder, Wickeltücher, Kindertücher, Taufkleidchen, Kattun- und Barchend-Kleidchen, Tragröcke, Steckkissen,
Taufhäubchen und **Hütchen, Lätzchen, Taillenbändchen, Korsettchen, Kinderschürzen**
stets das Neueste in großer Auswahl.

Herm. Sauerland,
15 Gehrenberg 15.
Wasserdichte Betteinlagen, Gesundheits-Korsetts, Wagendecken 2c. äußerst billig.

Fort mit Soda, Fort mit allem Seifenpulver

Wächter's Bleich- und Reinigungs-Mittel geht allen voran In allen Staaten patentiert D. R.-P. Nr. 81070. [107

Zu haben für den Haushaltungsgebrauch bei Herrn Kaufmann.

Arnold Fricke.

Soeben angekommen und in der Buchhandlung der „Volkswacht" zu haben:

Bilderatlas Moltke.
No. 2.
Preis 10 Pfg.

Ein Umsteckkuch gefunden. Abzuholen. [*101
Jöllenbeckerstr. 119.

Avis-
Einladungs-
Eintritts-
Fest-
Geschäfts-
Gratulations-
Kondolenz-
Menu-
Speise-
Visiten-
Karten

liefert in sauberster Ausführung schnell und billig
Buchdruckerei „Volkswacht".